

Thorner Presse.



Abonnementspreis

für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando; für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2 Mark.

Ausgabe

täglich 6 1/2 Uhr abends mit Auschluss der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinenstr. 204.

Telegraphisch-Anschluss Nr. 57.

Insertionspreis

für die Spalte oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 204, Annoncen-Expedition „Zuvalidentank“ in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 248.

Donnerstag den 23. Oktober 1890.

VIII. Jahrg.

Die Unabhängigkeit der richterlichen Beamten.

In Königsberg schwebt zur Zeit eine Disziplinaruntersuchung gegen einen Richter, der bei den letzten Reichstagswahlen für die freisinnige Partei agitatorisch thätig gewesen ist. Die deutsch-freisinnige Presse knüpft an diese Thatsache wieder die bekannten Deklamationen über die durch die „Reaktion“ bedrohte Unabhängigkeit der Richter. Das ist unseres Erachtens eine völlig falsche Stellungnahme; denn gerade um diese Unabhängigkeit zu wahren, ist das Vorgehen gegen den Königsberger Juristen geschehen. Es handelt sich doch nicht darum, den richterlichen Personen die Bekundung ihres politischen Standpunktes oder die Ausübung ihrer politischen Rechte zu verschränken, es handelt sich vielmehr um die Feststellung der Thatsache, daß ein Richter, welcher sich unter die Menge mischt, um diese für eine bestimmte Partei zu haranguiren, bei Ausübung seiner richterlichen Funktionen nicht mehr diejenige Unbefangenheit besitzen kann, welche ihm eigen sein muß, um einen „unabhängigen“ Spruch zu fällen. Ist ein Parteiführer an sich schon mehr oder weniger daran gewöhnt, alles daraufhin anzusehen, ob es dem Parteinteresse schädlich oder förderlich ist; wievielmehr wird dies bei einem zielbewußten Demokraten zutreffen, dessen Grundsatz es ist, alles hintenanzuhalten, was der Partei nicht — zweckdienlich zu sein scheint. Wie weit in dieser Anschauung die Freisinnigen gehen, zeigt beispielsweise nachstehende Stelle aus einem Aufsatze des Abgeordneten Barth in der „Nation“:

„Es handelt sich“, so heißt es darin, „nicht allein darum, ob sich ein Stadtverordneter für die durch die gegenwärtige Städteordnung gewährleisteten Rechte der Selbstverwaltung erklärt; es kommt auch darauf an, ob er bereit ist, diese Rechte im schlimmsten Falle mit materiellen Benachtheiligungen für das Gemeinwesen . . . zu vertreten.“

Was hier bezüglich der Kommunalverwaltung gesagt ist, hat für die Freisinnigen allgemeine Gültigkeit. Aus diesem Grunde kann ein für die gedachte Partei als Führer oder Agitator sich bethätigender Richter für „unabhängig“ nicht erachtet werden.

Die deutsch-freisinnige Partei geht freilich von der Fiktion aus, nur der wahrhaft liberale Mann sei unabhängig, diese Unabhängigkeit bilde aber eine unveräußerliche Eigenschaft gerade ihrer Gefinnungsgenossen. So schwört schließlich die freisinnige Presse auf das Dogma:

„Freisinnig“ ist gleich „Unabhängig.“ Was aber thatsächlich die Freisinnigen unter dem Begriff Unabhängigkeit verstehen, hat uns die „liberale Aera“ des Jahres 1861 gezeigt. Damals wurde bekanntlich die Fortschrittspartei wegen der angeblichen Schwäche und Lauheit des liberalen Ministeriums Auerswald-Schwerin gebildet; man machte diesem Ministerium nämlich den Vorwurf, daß dasselbe zu viele Gegner unter den Beamten dulde. In das Programm der Fortschrittspartei wurde darum auch folgende Bestimmung aufgenommen:

„Für unsere inneren Einrichtungen verlangen wir eine feste liberale Regierung, welche ihre Stärke in der Achtung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger sieht und versteht, ihren Grundrücken in allen Schichten der Beamtenwelt unnahehaftig Geltung zu verschaffen und uns auf

diesem Wege die Achtung der übrigen deutschen Stämme erringt und erhält.“

Wie es bei Ausführung dieses Programmpunktes um die Unabhängigkeit der Beamten bestellt sein würde, braucht nicht des weiteren ausgeführt zu werden. Es genügt auf den Mißbrauch des in Rede stehenden Begriffs seitens der Fortschrittler einfach hinzuweisen.

Politische Tageschau.

Der preussische Landtag ist mittels königlicher Verordnung von gestern auf den 12. November nach Berlin berufen worden.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Durch die Presse ging dieser Tage die von dem „Görlitzer Anzeiger“ gebrachte Mittheilung von einem dem Minister für Handel und Gewerbe vorliegenden Plan der Errichtung einer Arbeiterkolonie in Lichtenberg bei Berlin, in welcher neben anderen gemeinnützigen öffentlichen Bauten 4000 Wohnhäuser für kleine Beamte und Arbeiter errichtet werden sollen. Dem Plan lag die Voraussetzung eines hypothekarischen Staatsdarlehens zu 3%, um welches der Minister gebeten wurde, zu Grunde. Diese Mittheilung war mit der Bemerkung eingeleitet, daß die preussische Staatsregierung infolge dieser Anregung sich nun ernstlich mit der Frage, Wohnhäuser für die Arbeiter zu schaffen, beschäftigt. Der in Rede stehende Plan, welcher ohne jegliche Anregung und ohne Vorwissen der Regierung aufgestellt worden, ist in der That kürzlich — am 10. Oktober — dem Minister für Handel und Gewerbe vorgelegt worden. Dem Einsender, einem Fabrikbesitzer, ist indes, wie wir vernahmen, unter dem 20. Oktober erwidert worden, daß der Minister zwar jedes Unternehmen mit Freude begrüße, welches dem Mangel gesunder und billiger Arbeiterwohnungen abhelfen will, daß er aber, abgesehen von dem Mangel entsprechender Fonds, grundsätzlich es ablehnen müsse, Baugesellschaften durch direkte Beihilfen oder Gewährung hypothekarischer Darlehen aus Staatsmitteln zu unterstützen. Der Minister geht vielmehr „keinen Zweifel, daß sich in Berlin genügender Kapitalreichtum und Gemeinsinn finden werde, um ohne Staatshilfe Baugesellschaften ins Leben zu rufen, welche der Wohnungsnoth in wirksamer Weise abhelfen und sich dabei mit einem mäßigen Gewinn begnügen.“ — Es darf hieran die weitere Bemerkung geknüpft werden, daß die Beschäftigung mit der Wohnungsfrage im Kreise der Regierung nicht erst auf jene Anregung hin erfolgt ist, daß vielmehr seit Wochen über die Berliner Wohnungsverhältnisse und gemeinnützigen Bauunternehmungen Erhebungen angestellt sind, welche mit jenem Projekt in keinem Zusammenhang stehen.

Bezüglich der Verhandlungen über ein zollpolitisches Abkommen mit Oesterreich-Ungarn theilen die „Berl. Pol. Nachr.“ mit, daß am letzten Sonnabend unter Vorsitz des Herrn v. Boetticher Verhandlungen begonnen haben zur Gewinnung derjenigen Punkte, welche als Grundlage dienen sollen. An den Verhandlungen nehmen Sachverständige aus den einzelnen Bundesstaaten theil; Elsaß-Lothringen ist durch den Unterstaatssekretär v. Schraut vertreten. Die Verhandlungen sind am Montag fortgesetzt worden.

Von einer Aufhebung der Agrarzölle von Seiten Deutschlands könne, so wird in einer Berliner Zeitschrift des

„Pester Lloyd“ ausgeführt, keine Rede sein. Nur eine Milderung des bisherigen Druckes sei beabsichtigt, und diesbezüglich herrsche grundsätzliche Einigkeit. Die Aufhebung des Identitäts-Nachweises und die Doffnung der Grenze für lebendes Vieh aus Oesterreich-Ungarn seien jedoch als Vorläufer einer allgemeinen Erleichterung des Handelsverkehrs zwischen den Dreibundstaaten anzusehen. Die Zeitschrift betont ausdrücklich, daß eine Erleichterung auch im Verkehr mit Italien beabsichtigt ist.

Aus Straßburg i. E. wird gemeldet, daß dortige Arbeiterkreise die Abendung einer Petition an den Reichstag um Abschaffung der französischen Preis- und Vereinsgesetzgebung planen. In ganz Elsaß-Lothringen sollen Unterschriften gesammelt werden. Man hofft auf eine zahlreiche Betheiligung auch des bürgerlichen Elementes.

Major v. Wissmann hat die letzte Zeit seiner Anwesenheit gut benutzt, für die Dampfer auf den zentralafrikanischen Seen Interessenten zu gewinnen und die Sache in die richtigen Wege zu leiten, so daß nach seiner Abreise keine Schwierigkeiten vorliegen, welche verzögernd wirken. Die Sammlungen müssen noch fortgesetzt werden, da die Kosten für die drei Dampfer mindestens 500 000 Mk. betragen. Bei den Sammlungen, welche bis jetzt nur in engerem Kreise stattfanden, zeigt sich die erfreuliche Erscheinung, daß einige Fabrikanten bereit sind, durch Lieferung von Materialien das Werk zu unterstützen. Andere Fabrikanten, welche Baumwollzeuge zur Bezahlung der Träger liefern wollen, haben sich bereits gemeldet.

Es steht fest, daß eine Kooperation Deutschlands und Englands in Witu stattfindet. Die betreffenden Schiffe Deutschlands sind bereits auf dem Wege nach Witu. Dort wird zuerst eine Untersuchung eingeleitet werden über die Anlässe zu dem mörderischen Vorgehen gegen Rünzel und seine Genossen und sodann wird erörtert werden, ob der Sultan Fumo Bakari Theil an der Schuld hat.

Der nunmehr zum Oberbürgermeister von Danzig erwählte Abgeordnete Dr. Baumbach hat vor seiner Wahl erklärt, daß er seine parlamentarische Thätigkeit einschränken und selbst an die Niederlegung des Mandats denken werde, sobald sich die Unzuträglichkeit seiner Beibehaltung ergeben sollte. Infolge dieser Erklärung bezweifelt man, ob Hr. Baumbach ferner in der Lage sein werde, sein Amt als zweiter Vizepräsident des Reichstages fortzuführen.

Ein sehr wunder Punkt auf dem sozialdemokratischen Parteitage war die Ablehnung der Untersuchung über die Gründe, aus welchen im früheren „Sozialdemokrat“ Duzende von Parteigenossen als Polizeispitzel durch die „eiserne Maske“ hingestellt wurden. In einzelnen Fällen mag der Beweis für vorgekommenen Verrath erbracht worden sein, in allen Fällen sicher nicht. Einzelne der Gebrandmarkten, darunter ein ehemaliger Reichstagskandidat, haben schon früher und jetzt wiederum beantragt, ihre Angelegenheit gründlich zu untersuchen und die Beweise zu liefern, und der Delegirte Kessler und Genossen stellten einen förmlichen darauf bezüglichen Antrag. Der Abgeordnete Singer erklärte aber, es würde zwar zu bedauern sein, wenn irgend jemandem durch die Mittheilungen der „eiserne Maske“ Unrecht geschehen sei, das Geheimniß der letzteren könne aber nicht gelüftet werden. Singer bezeichnete die „eiserne Maske“ als Phantome. Ihre Enthüllungen seien auf die Wahrheit

Wahrheit und Dichtung.

Original-Erzählung von Mary Dobson.

(Nachdruck verboten.)

(14. Fortsetzung.)

Die eingetretene Pause unterbrechend, veranlaßte Claus Schmidt seinen Gast von Australien zu sprechen, darauf beehrte dieser Abendbrot und zog sich, als es nach seinem Zimmer gebracht worden, seinen Wirthen eine gute Nacht wünschend, dorthin zurück. Als diese sich allein wußten, sagte hastig und kaum noch im Stande, ihre Aufregung zu beherrschen, Frau Bornhorst:

„Nun wissen wir unerwartet alles, — alles und ich —“

„Ich bitte Dich, Magdalena, sei ruhig und besonnen,“ unterbrach ihr Bruder, sie voll Besorgniß betrachtend.

„Das werde ich gewiß sein, Claus,“ entgegnete sie schnell, „weiß ich doch, was ich Johanna versprochen habe und daß ich demgemäß handeln muß! — Durch eine Fügung des Allmächtigen aber ist der Fremde zu uns gelangt —“

„Und durch diesen wissen wir, wie es noch gestern um Friedrich Erdmann gestanden!“ antwortete Claus Schmidt.

„Ja, er lebt, ist gesund, hat eine zweite Frau und Kinder und freut sich mit ihnen des Reichthums, den seine ersten Kinder ebenfalls theilen sollten,“ sprach voll Bitterkeit seine Schwester.

„Ihm aber mag dabei nicht so ruhig zu Muth sein, wie Dir, die Du so getreulich für sie sorgst,“ fiel Frau Schmidt ein.

„Das ist möglich,“ erwiderte ihre Schwägerin, „obgleich er gewiß annimmt, daß wir ihn nicht erreichen können, während doch nur eine gute Tagereise zwischen uns liegt, die leicht zurückgelegt ist!“

„Wolltest Du das wirklich thun, Magdalena?“ rief fast erschrocken ihr Bruder.

„Darüber vermag ich noch nichts zu sagen,“ entgegnete sie ruhig.

„Wie könnte ich auch so schnell einen so wichtigen Entschluß fassen? Erfahren aber muß ich, wie es um das Erbtheil

der Kinder steht, und dazu habe ich mir die Namen der Stadt und des Gutes genau gemerkt und werde sie mir aufschreiben!“

„Das will ich ebenfalls thun,“ sagte Claus Schmidt, „und wenn einer von hier hingehen soll und muß, so laß mich das thun. Die Anwesenheit eines fremden Mannes würde in Grönwohld weniger auffallen, als die einer Frau und ich könnte allenfalls ein Holzgeschäft als Grund der Reise angeben!“

„Laß diesen Abend die Sache ruhen, Claus,“ antwortete langsam und mit Nachdruck Frau Bornhorst. „Ich aber will nachdenken und überlegen, was geschehen soll und muß, und der Himmel wird mich das Rechte finden lassen!“

XI.

Haus Grönwohld war seit Jahren mit nur wenigen kurzen Unterbrechungen bewohnt und in dem prächtigen Herrenhause lebten Gäste von nah und fern ein. Die Gutsheerrschaft erfreute sich einer großen Beliebtheit, da sie sich weder stolz noch zurückhaltend benahm, die Lage der Tagelöhner und Arbeiter verbesserte und in menschenfreundlicher Weise für das Wohl von deren Kindern sorgte.

Die Familie hatte sich im Laufe der Zeit vermehrt. Friedrich Erdmann war Vater noch zweier Kinder geworden, eines Sohnes, der im vierten Jahre stand, und einer Tochter, die deren noch nicht zwei zählte. Sie geblieben in erwünschter Weise und belebten theilweise die meist so öden Räume, über deren Vollenbung auch Herr Otto Erdmann hinweggestorben war und die nach seinem Tode sein Sohn und seine Schwiegertochter seinen Plänen und Angaben gemäß renovirt hatten. Der Knabe — er hieß nach seinem Großvater Otto — glück seiner Mutter und war ein hübsches gewandtes Kind, dessen Spiele und Beschäftigungen große Vorliebe für die Landwirthschaft verriethen. Das kleine Mädchen ward nach der Großmutter Agnes genannt, der sie auch mit dem goldblonden Haar und den schwarzen Augen ähnelnd war.

An einem Nachmittag, etwa 6 Wochen später, als Frau Bornhorst zuerst den Namen des Familientuges gehört, befanden sie sich im Garten hinter dem Herrenhause, der im Sommer fast ihr steter Aufenthalt war. Hier spielten sie, gehütet von einer Wärterin, unter den Augen ihrer Mutter, welche sich im Gartensaal aufhielt und beschäftigte. Der kleine Otto belud seinen Wagen mit dem frischgemähten Gras des Rasens und sein Schwesterchen strengte sich an, ihm dabei, so gut es ihre kleinen Gliedmaßen gestatteten, zur Hand zu gehen. Frau Erdmann hatte sich seit der Zeit, wo zuerst ihr Name genannt worden, allerdings, doch nur zu ihrem Vortheile, verändert. Ihr Gesicht war blühender als ehemals und ihre Augen und Züge hatten einen weichen, milderen Ausdruck erhalten. Ihre Gestalt hatte sich kräftiger und stattlicher entwickelt und sie hatte im Auftreten und Benehmen die ruhige Sicherheit einer reichen Frau. Die ihr sonst eigene Lebhaftigkeit war ihr geblieben und Erfahrung und die Zeit hatte ihre geistigen Fähigkeiten noch geschärft und gereift. Wie damals, als sie mit ihrem Gatten und Schwiegervater in Mentone war, galt sie auch jetzt allen, mit denen sie in Berührung kam, als eine glückliche Frau, im Besitze alles dessen, was ihr Herz nur wünschen konnte. Sie that das ihrige, um diese Meinung aufrecht zu erhalten, denn sie wußte und fühlte nur zu gut, daß sie keine glückliche Frau war. Ein etwas, für das sie keinen Namen hatte, das sie nicht kannte, nur unbestimmt ahnte, störte ihre Ruhe und ihren Frieden und ließ sie fragend und forschend auf ihren Gatten blicken, wenn er, was indeß nur selten geschah, sich unbeachtet glaubte, mit trübem Ernst und offenbar schweren Gedanken beschäftigt ins Weite stierte und tiefe Seufzer seine Brust hoben. Was mochte ihn quälen, — was ihm Sorge bereiten? — Seit ihrer Vereinigung lag sein Leben, das in angestrengter Thätigkeit verfloß, offen und klar vor ihr, was aber konnte in der Vergangenheit geschehen sein, das auch seinem Vater verborgen geblieben und vielleicht sein Gewissen bedrückte? — Diese Fragen

